

## Die Entmachtung des Monopolkapitals\*)

Die Monopolbourgeoisie zu entmachten und deren Konzernbetriebe in das Eigentum des Volkes zu überführen war ein objektives Erfordernis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf deutschem Boden.

Die antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften in der sowjetischen Besatzungszone konnten nur dauerhaft gesichert werden, wenn die ökonomischen und politischen Machtgrundlagen der Monopolbourgeoisie vernichtet, die Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Rüstungskonzerne in die Hände des Volkes übergeführt wurden. Das Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln in der Hand des Volkes bildet die wichtigste ökonomische Grundlage der politischen

Macht der Arbeiterklasse. Nur über die Entmachtung des Monopolkapitals war es möglich, weitere Schritte für den Übergang zur sozialistischen Revolution vorzubereiten. W. I. Lenin hatte bereits am Vorabend der Oktoberrevolution darauf verwiesen, daß unter den Bedingungen des Imperialismus jeder Schritt vorwärts „im Interesse der revolutionären Demokratie... ein Schritt zum Sozialismus“ ist, daß es darauf ankommt, das kapitalistische Monopol zu brechen, zu sichern, daß es „...zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird...“<sup>1</sup> In diesem Sinne richtete die Arbeiterklasse „den Hauptstoß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gegen Monopolkapital und Großgrundbesitz“.<sup>2</sup>

### Revolutionäre Umwälzung konsequent fortsetzen

Bereits 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone bedeutsame Maßnahmen getroffen, um den geschlagenen, aber noch nicht endgültig liquidierten deutschen Imperialismus zu entmachten. Dazu gehörten: die restlose Vernichtung des alten Staatsapparates, der Aufbau neuer, antifaschistisch-demokratischer Machtdorgane, das In-Gang-Setzen der Wirtschaft, die demokratische Bodenreform und der Beginn der geistig-kulturellen Erneuerung.

Ihre Verantwortung aus dem Potsdamer Abkommen wahrnehmend, erklärte die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) das Eigentum des ehemaligen faschistischen Staates und seiner Behörden, der NSDAP und ihrer Gliederungen, der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher als beschlagnahmt bzw. sequestriert. Die Monopolverbände und Unternehmervereinigungen wurden verboten und die Banken verstaatlicht.

Die SMAD hatte das Entschei-

dungsrecht über die beschlagnahmten Betriebe der Kriegsverbrecher ausdrücklich in die Hände des Volkes gelegt. Ein wirksamer Schlag wurde dem Monopolkapital im Herbst 1945 versetzt, als das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen am 29. Oktober 1945 den Beschluß faßte, den Kriegsverbrecher und Monopolherren Friedrich Flick entschädigungslos zu enteignen und seine Unternehmungen und Vermögenswerte in Sachsen zum Eigentum des Landes zu erklären. Diese Aktion fand große Zustimmung bei der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten vieler Betriebe und Institutionen. Sie forderten immer entschiedener die Enteignung der Betriebe aller Kriegsverbrecher und Naziaktivisten.

Mit der Bildung einheitlicher Gewerkschaften, vor allem aber durch die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946, wurde die Arbeiterklasse zu umfassenderen Kampfaktionen befähigt. Sie entwickelte unter Führung der SED die Kampfkraft, die erforderlich war, um die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus und Militarismus endgültig und restlos zu zerschlagen. Die dafür zu bewältigenden Aufgaben hatte die SED in ihren „Grundsätzen und Zielen“ klar umrissen.

Als nächsten Schritt galt es, die gesamte Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen zum gemeinsamen Kampf für die konsequente Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher zu mobilisieren. Damit entsprach die SED zugleich den Bestimmungen

\*) Zum Parteilehrjahr, Zirkel zum Studium der Geschichte der SED, Thema 7